

KOMMENTAR

Gemeinsam stark

Ihr seid immer präsent, wo's brennt – bzw. wo unsere Nationalmannschaft hinter dem Ball herrennt ... Das zeigt ihr beispielsweise diesen Sommer wieder eindrucksvoll mit eurem Einsatz im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft der Männer, der UEFA EURO 2024. Das ist der größte Fußballeinsatz seit dem WM-Sommermärchen 2006! Dafür möchten wir als gesamter GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll schon jetzt sehr herzlich Danke sagen!



Logo: UEFA EURO 2024

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Bereits im Vorfeld waren und sind wir sowohl gewerkschaftlich als auch personalrätlich im sehr engen Austausch mit der Einsatzleitung bzw. den Verantwortlichen bei der Behörde. Denn was es zu bedenken gilt: Nicht nur für euch, unsere Kolleginnen und Kollegen, wird dieser Einsatz ein Kraftakt. Auch logistisch ist die Einsatzorganisation

sation eine große Herausforderung. Im besonderen Fokus stehen für uns natürlich neben dem polizeilichen Erfolg auch die Rahmenbedingungen der Einsatzunterbringung und Verpflegung, der Arbeitszeiten und der Vergütung.

Auch vor Ort immer an eurer Seite

Und wir sind natürlich auch während des Einsatzzeitraums wie immer an eurer Seite – und zwar wortwörtlich. Ob Fragen, Sorgen, Probleme – wir sind mit vielen Betreuungsteams an den unterschiedlichen Einsatzorten unterwegs.

Daher sind auch unsere Direktionsgruppen vor Ort bereits seit Monaten in den Planungen für die Betreuung vor Ort. Dafür an dieser Stelle auch ein großes Dankeschön an alle GdP-Organisatorinnen und -Organisatoren. Wir hoffen, dass unsere Einsatzbetreuung dank der hervorragenden und langfristigen Planung wieder möglichst gut organisiert sein wird.

Und so werden wir euch im Einsatzzeitraum mit Wissenswertem, guten Gesprächen und kleinen Leckereien den Einsatz-

alltag versüßen (natürlich ohne den taktischen Auftrag zu vernachlässigen). Wir werden versuchen, für euch die kleinen und größeren alltäglichen Probleme und Schwierigkeiten vor Ort schnell und unbürokratisch zu regeln.

Und wir werden uns mit euch natürlich auch über die zentralen Themen wie Ausstattung, Unterbringung und Infrastruktur unterhalten. Für uns ist es wichtig, von euren Erfahrungen zu partizipieren. Denn: Von der Basis kommen die besten Ideen und Hinweise.

Schickt uns gerne eure Einsatzerfahrungen

Wenn ihr Anregungen habt, nutzt bitte auch weiterhin gerne unsere für diesen Zweck eingerichtete E-Mail-Adresse einsatzerfahrungen@gdp-bundespolizei.de. Wir geben die Anregungen gerne an die entsprechenden Stellen weiter.

Wir wünschen euch einen guten und vor allem sicheren Dienst – bleibt zu hoffen, dass die deutsche Nationalmannschaft genauso akribisch ihren Turniererfolg vorbereitet. ■





RÜCKFÜHRUNG AN DEN BINNENGRENZEN

Ein Scherbenhaufen

Die GdP fordert: Ertüchtigung der Rückführungsbereiche Landgrenze und Zuführungsdienste, Verbesserung der tatsächlichen Rückführungsmöglichkeiten durch eine effiziente Durchsetzung sowie Attraktivitätssteigerung für Beschäftigte der Bundespolizei bei der Rückführung auf dem Landweg inklusive der Zuführkomponente.

Arbeitsgruppe Rückführung Landgrenze

Ist die Bundespolizei für die Aufgabe Rückführung bei Grenzkontrollen und -überwachung richtig aufgestellt?

Fakt ist: Die Rückführung ist eine Kernaufgabe der Bundespolizei – und zwar sowohl an Deutschlands Binnengrenzen zu den Nachbarstaaten als auch über die Flughäfen an den EU-Außengrenzen.

An unseren Binnengrenzen werden täglich Menschen aufgegriffen. Aufgrund nicht vorhandener rechtlicher Aufenthaltsmöglichkeiten müssen sie Deutschland unmittelbar wieder verlassen. Dies geschieht durch die sofortige Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen oder Aufenthaltsverhinderungen.

Auch in Deutschland aufgegriffene Menschen ohne Aufenthaltsstatus müssen teilweise wieder in die Nachbarstaaten oder andere Staaten rückgeführt werden. Dies geschieht in der Regel an den jeweiligen Überstellungspunkten an den Binnengrenzen.

Ein Großteil dieser bedeutenden Aufgabe liegt wie bereits erwähnt in der Verantwortung der Bundespolizei. Hierfür sind in den Bundespolizeiinspektionen an den Binnengrenzen bereits teilweise Rückführungsdienste eingerichtet worden. In zahlreichen Inspektionen wird diese Aufgabe jedoch von den Dienstgruppen mit wahrgenommen und lediglich von den Kolleginnen und Kollegen unterstützt, die mit Rück-

führungsaufgaben betraut sind. Der GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll fordert daher die ganzheitliche Betrachtung des Bereiches Rückführung an den Landgrenzen der Bundespolizei. Bisher wird dieser wichtige Bereich politisch, aber gerade auch dienstlich mehr als stiefmütterlich behandelt.

Hierfür ist die bundesweit einheitliche Ertüchtigung der Rückführungsdienste bzw. -bereiche an den Landgrenzen (Binnengrenzen), aber auch der dazugehörigen Zuführungsdienste erforderlich.

Zu diesem Zweck ist es an der Zeit, schnellstmöglich eine Organisationsuntersuchung zu initiieren. Hierbei sind aus GdP-Sicht vor allem die folgenden Punkte zu beleuchten:

- Etablierung von handlungsfähigen Rückführungsdiensten/-bereichen an den Grenzinspektionen
- Evaluierung der eingerichteten SB 16 bezüglich Landrückführungen
- Einheitlichkeit – und zwar bundesweit
- Fachlichkeit – gerade im Führungsbereich aufgrund der Spezialisierung (Vertretungsregelung)
- Rückführung – Aufteilung administrativ/operativ
- Zuführungsgruppen/Zuführungsdienste, getreu dem Motto: ohne professionelle Zuführung keine professionelle Rückführung

Zugleich ist es dringend geboten, dass alle in diesem Bereich tätigen Beschäftigten der Bundespolizei endlich einheitlich aus- und fortgebildet werden. Die Rahmenkonzeption Rückführung spricht von den drei Bereichen Luft-, See- und Landrückführung, aber der Aus- und Fortbildungsbereich bezieht sich fast ausschließlich auf die Luftrückführung. Dies muss schnellstmöglich vereinheitlicht geändert werden, um unseren Kolleginnen und Kollegen auch die nötigen Voraussetzungen für die Rückführung an den Landgrenzen zu vermitteln.

Dazu müssen folgende Parameter berücksichtigt werden:

Grenzpolizeiliche Bearbeitung

- Aufgriff, grenzpolizeiliche Bearbeitung, Feststellung Rückführungsnotwendigkeit – was dann?
- Haftanträge (regelmäßige gesetzliche Änderungen)
- Initiierung und Durchsetzung von Sofortvollzugsmaßnahmen
- Grenzen von Amtshilfe/Vollzugshilfe
- Organisation der Überstellungspunkte
- Checklisten Wissen: Was muss ich wann wie tun? Vor allem, was kann ich tun?

Zuführungsdienste

- Was macht die Kollegin bzw. der Kollege, wenn ...? etc.
- Einfühlungsvermögen/interkulturelle Kompetenz
- Einsatzmittel (zum Beispiel Waffen, Bodycuff im Kfz, Räumschild etc.)
- Was ist bei einer Autofahrt zu beachten?
- Entsorgung, Erbrechen, Krankheitsbilder
- Lange Fahrt – Bodycuff/ Fesselungsmittel – Zulässigkeit?
- Gefkw – ja/nein?
- Eskalationsstufen – wann bricht man die Fahrt ab?
- Checklisten Wissen: Was muss ich wann wie tun?
- Begleiteransatz?

Die Bundespolizei ist für die Zuführung bundesweit schlecht bis gar nicht ausgestattet. Es fehlen zum Beispiel geeignete Fahrzeuge (aktuell sind sie überaltert



oder nicht geeignet bzw. nicht nach dem heutigen Stand der Technik ausgestattet). Nur so könnten Einzel- oder Sammelfahrten mit rückzuführenden Menschen unter rechtlichen, aber auch menschlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden – zum einen für den Beschäftigten der Bundespolizei, aber auch für den Rückzuführenden. In diesem Bereich sind die Landesbehörden der Bundespolizei weit voraus.

Hier fordern wir dringend die notwendige Ausstattung, getreu dem Motto: Wer professionelle Arbeit verlangt, sollte auch professionelle Ausstattung zur Verfügung stellen!

Bearbeitungs- und Gewahrsamsmöglichkeiten

Die Liegenschaften sind bei der Bundespolizei allgemein ein riesiges Problem. Hier müssen die Bedingungen ebenfalls für die Beschäftigten, aber auch für die rückzuführenden Menschen dringend verbessert oder teilweise überhaupt erst menschenwürdig gestaltet werden. Bearbeitungs- und Gewahrsamsmöglichkeiten für die Rückführungsbereiche müssen sofort evaluiert und dann geschaffen werden.

Um gerade auch die immer wieder im politischen Raum beschworenen aufenthaltsbeendenden und aufenthaltsverhindernden Maßnahmen effizient durchsetzen zu können, ist von den Bundesländern zudem die Problematik der zur Verfügung stehenden Haftplätze zu regeln.

Es darf nicht sein, dass die Rückführung von Menschen daran scheitert, dass es in Deutschland zu wenige Haftplätze gibt!

Weiterhin darf es auch nicht sein, dass Beschäftigte der Bundespolizei teilweise Mehrtagesfahrten auf sich nehmen müssen, um Menschen in die wenigen in Deutschland vorhandenen Abschiebehaftanstalten zu bringen und dann auch wieder abzuholen. Als Gewerkschaft der Polizei appellieren wir vehement an den Bundesjustizminister, aber auch an seine Länderkollegen, diesen Missstand sofort zu beseitigen. Solange es nicht ausreichend Haftplätze für rückzuführende Menschen gibt, ist die Vollzugssicherung nicht gegeben!

Bundesweit klare Regelungen

Bei der sogenannten Überstellung vom Ausland an Deutschland oder umgekehrt müssen endlich die rechtlichen Voraussetzungen vereinheitlicht und Klarheit geschaffen werden, wie mit den Menschen an den Überstellungspunkten umgegangen wird. Wir brauchen bundesweit klare Regelungen, damit unsere Kolleginnen und Kollegen insbesondere in Bezug auf die strafrechtliche Bewertung rechtlich einwandfrei agieren können. Auch die BRAS 120 sollte im Kontext der Rückführung auf dem Landweg dringend überarbeitet werden. Es müssen klare Vorgaben analog der BRAS 124 (Luftrückführung) wie zum Beispiel der zu wählende Begleiteransatz in den Fahrzeugen gemacht werden.

Konkrete und ganzheitliche Abkommen auf EU-Ebene

Es ist fraglich, ob die bilateralen Verträge mit den Nachbarstaaten angesichts der hohen Zuwanderung nach Deutschland wirklich effektiv genug sind, um Maßnahmen auch effizient durchzusetzen. Hier muss evaluiert werden, ob diese Verträge an die aktuellen Anforderungen angepasst wurden und ob die festgelegten Verfahren von der Bundespolizei durchführbar sind. Die gute Zusammenarbeit, die hauptsächlich der Arbeitsebene und ihren kreativen Ideen zu verdanken ist, sowie die aktuell hohen Rückführungszahlen sind nicht langfristig und möglicherweise auch nicht rechtlich gesichert (Stichwort: erneute Einreise bleibt unerkannt). Hier fordern wir konkrete und ganzheitliche Abkommen auf EU-Ebene. Dies gilt vor allem für die effiziente Ausgestaltung der Übergabe von Menschen bei angeordneten Grenzkontrollen (Stichwort: EuGH-Urteil Wiedereinführung von Grenzkontrollen).

In diesem Zuge stellen wir als GdP zum wiederholten Male die Wirksamkeit des Dublin-Verfahrens infrage. Entweder muss diese Regelung auf europäischer Ebene schnellstmöglich überarbeitet werden oder

alle europäischen Länder müssen zur Einhaltung der Vereinbarungen verpflichtet werden. Aus unserer Sicht wäre es eventuell sinnvoll, dieses Instrument abzuschaffen und stattdessen ein wirksameres einzuführen.

Vor allem werfen wir hier die Frage auf, wie nach neuer Regelung des Verfahrens an den EU-Außengrenzen mit aufgegriffenen Menschen an der Binnengrenze Deutschlands zu verfahren ist.

Bei der Rück- und Zuführung an den Landgrenzen nehmen wir aber auch die Behördenleitung in die Pflicht. Wenn diese Aufgabe professionell erledigt werden soll, muss sie auch mit ausreichend ausgebildetem Personal hinterlegt sein. In der Personalgewinnung gilt: Wenn die Attraktivität stimmt, findet sich auch geeignetes Personal!

Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen

Für die Rückführ- und Zuführungsaufgaben fordern wir als GdP zudem eine Aufwandsentschädigung analog der Personenbegleiter Luft (PBL). Die teilweise stundenlangen Fahrten in den veralteten und nicht geeigneten Kfz und die dabei nötige permanente Konzentration sind so belastend, dass ein Vergleich mit der PBL-Aufwandsentschädigung gerechtfertigt ist. Auch die durch die Aufgabe veränderten Arbeitszeiten und die Verluste – zum Beispiel von DWZ – könnten mit dieser Aufwandsentschädigung ein Stück weit kompensiert werden.

Bezüglich der Arbeitszeiten muss die Bundespolizei zudem im Sinne der Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, dass durch die Aufgabe keine Minusstunden entstehen dürfen. Auch die Pausenzeitregelung muss bei dieser Aufgabe angepasst werden. Dies stünde dann auch wieder im Einklang mit der hohen Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen – ein Faktor, der ja gerade im Zertifizierungsprozess „Audit Familie und Beruf“ ständig von Behörde und Politik proklamiert wird.

Wir als GdP sehen somit sehr viele Defizite im Aufgabenbereich Rückführung, bei Grenzkontrollen und der Grenzüberwachung und fordern deswegen dringende Verbesserungen! ■



HAUPTJUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

HJAV-Treffen in Berlin

Robin Kuhn

Im Februar 2024 kam das Gremium der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) in Berlin mit Rüdiger Maas, dem stellvertretenden Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll sowie zugleich stellvertretenden Vorsitzenden des Bundespolizeihauptpersonalrates, zu einer Unterredung zusammen, um die zukunftsweisenden Themen für die jungen Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei zu besprechen.

Auch fand ein Besuch der GdP-Bundesgeschäftsstelle statt, bei dem uns Michaela Omari, die GdP-Referentin des Bundesvorstands für Tarifpolitik und Tarifrecht, einen Einblick in die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle – insbesondere auch zum Thema Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – gab.

Soziale Aspekte in der Ausbildung

Die sozialen Aspekte in der Ausbildung spielen mehr denn je eine wichtige Rolle bzw. sind schon entscheidend für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Ausbildung. Unter den sozialen Aspekten kamen verschiedene Themen zur Sprache, unter anderem das Entgelt sowie die Übernahme nach der Ausbildung. Ein Problem stellt hierbei ganz klar die befristete Übernahme nach der Ausbildung dar, wodurch sich viele Kolleginnen und Kollegen, die in der Bundespolizei eine gute und fachliche Ausbildung absolviert haben, in anderen Behördenbereichen neu orientieren. Mitunter ist diese Thematik der Eingruppierung nach der Ausbildung noch immer offen. Die Eingruppierung nach der Ausbildung erfolgt innerhalb der Bundespolizei häufig in den niedrigen Entgeltgruppen. Hingegen in den Bereichen der Kommunal- und Landesverwaltungen erfolgt diese in der Regel ab Entgeltgruppe 7. Die Themen

Arbeitszeit sowie mobiles Arbeiten in der Ausbildung kamen auch zur Sprache. Unter den sozialen Aspekten in der Ausbildung subsumiert ist auch ganz klar die Gleichbehandlung bei der Erstattung der Reisekosten in der Ausbildung zu sehen.

Gleiche Erstattung bei Dienstreisen

Diesbezüglich fanden Gespräche mit der Abteilung B, zuständig für die Bundespolizei, im BMI statt. Angestellte sowie Beamtinnen und Beamte bekommen für An- und Abreise einen Verpflegungszuschuss in Höhe von 14 Euro, für volle Kalendertage in Höhe von 28 Euro. Auszubildenden wird im Gegensatz hierzu kein Zuschuss gewährt. Sie haben grundsätzlich Anspruch auf maximal 9,60 Euro Tagegeld bei vollen Kalendertagen. Des Weiteren stellt sich das Problem der Erstattung bei einem Besuch von auswärtigen Berufsschulen, wobei für jeden Kalendermonat ein Eigenanteil von 64,10 Euro zu tragen ist. Hierbei stellt sich das konkrete Problem, dass bei einem monatsübergreifenden Berufsschulblock der Eigenanteil zweimalig in Abzug gebracht wird – auch wenn der Berufsschulblock nur einen schulpflichtigen Wochentag des Monats streift.

Förderung gleichberechtigter Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung sowie Beschäftigungsquote in der Ausbildung

Zusammen mit der HJAV erwirkte die Haupt-schwerbehindertenvertretung, dass durch konkrete Maßnahmen die Inklusion innerhalb der Bundespolizei weiterentwickelt wird und man gleichzeitig die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung, auch in der Ausbildung, steigern will. Insgesamt hat sich die Bundespolizei in



Fotos: HJAV (2)

der Bundespolizeiinklusionsvereinbarung (BIV) das Ziel gesetzt, im Verwaltungsbereich sowie den Kammerberufen diesbezüglich eine Ausbildungsquote von 6 Prozent zu erreichen und auch insgesamt eine Beschäftigungsquote von 6 Prozent zu erreichen. ■



ZUR BEKÄMPFUNG DER SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT

Kriminalitätsbekämpfung stärken

Arbeitsgruppe Kriminalitätsbekämpfung

Für die konsequente Bekämpfung der Kriminalität in den Aufgabenbereichen der Bundespolizei sieht der GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll flächendeckend dringenden Handlungsbedarf bei den Ermittlungsdiensten (ErmD) in den Inspektionen sowie den Inspektionen Kriminalitätsbekämpfung (BPOLI KB).

Im Vordergrund steht dabei die personelle und materielle Stärkung in diesen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung in der Bundespolizei. Zwar ist die Bundespolizei in den vergangenen Jahren insgesamt personell stark angewachsen, das kriminalpolizeiliche Arbeitsfeld in den ErmD der Flächeninspektionen und der Inspektionen Kriminalitätsbekämpfung wurde dabei jedoch fast nicht berücksichtigt. Die seit 2015 andauernde verstärkte Migrationslage an den Grenzen mit ihren Folgeerscheinungen und die Steigerung des Gewaltpotenzials insbesondere im bahnpolizeilichen Bereich fanden trotz Personalaufwuchses insgesamt keine Beachtung für die tatsächliche Anzahl der Kolleginnen und Kollegen in der Strafsachenbearbeitung. Als Folge davon liegen bundesweit Tausende von Ermittlungsvorgängen und dazugehöriger Asservate (zum Beispiel Mobiltelefone) auf den Schreibtischen und warten auf ihre weitere Bearbeitung. Die gewählte Strategie der Bewältigung mittels eines sogenannten „Lastenausgleichs“ innerhalb der Bundespolizei führte nicht zum Ziel.

Die GdP setzt sich ständig für die Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung innerhalb der Bundespolizei auf allen Ebenen ein. Neben der Vermittlung der Grundkenntnisse im kriminalpolizeilichen Aufgabenfeld für den täglichen Dienst auf den Bahnhöfen und Flughäfen müssen zudem dringend die Fähigkeiten zur Bekämpfung der Gewalt- und Schleusungskriminalität in all ihren Facetten, welche teilweise der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, weiter ausgebaut werden. Dies soll durch eine Erhöhung der ErmD-Planstellen insgesamt, durch eine Verbesserung der Karrieremöglichkeiten innerhalb des Aufgabengebietes, verbesserte zeitgemäße Ausstattung und zielgerichtete Fortbildung erfolgen.

In der GdP-eigenen Arbeitsgruppe, welche aus Kolleginnen und Kollegen aller Arbeits-

bereiche der Bundespolizei-Kriminalitätsbekämpfung besteht, tauschen wir uns regelmäßig aus, um unsere von der Basis getragenen Verbesserungsvorschläge an die Verantwortlichen in der Bundespolizei und in den politischen Parteien weiterzugeben.

Forderungen

- Besetzung aller freien Dienstposten im Arbeitsfeld Kriminalitätsbekämpfung
- Geeignete sofortige interne Maßnahmen zum Erhalt des Fachwissens aufgrund der fortgeschrittenen Altersstruktur
- Alle sogenannten „Zugleich-Funktionen“ sofort beenden und in die hauptamtliche Aufgabenwahrnehmung überführen.
- Verpflichtung zum Erwerb der Grundbefähigung für alle neu hinzukommenden Kolleginnen und Kollegen des Ermittlungsdienstes mit Qualifikationsaussage
- Erhöhung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch das Anbieten auch behörden- und länderübergreifender Fachlehrgänge
- Verbesserung der Durchbündelung aller Dienstposten im Aufgabenfeld Kriminalitätsbekämpfung zur sofortigen Attraktivitätssteigerung
- Umfangreiche Möglichkeit von Laufbahnaufstiegen innerhalb der „Fachkarriere Kriminalitätsbekämpfung“ für geeignete Kolleginnen und Kollegen
- Gründung eines kriminaltechnischen Institutes der Bundespolizei und seine Einrichtung auf Ebene des BPOLP
- Gründung bzw. Wiedereinführung gemeinsamer Ermittlungsgruppen mit dem BKA, den LKÄ, dem Zoll und anderen internationalen Partnern in der Strafverfolgung

Eventuelle weitere organisatorische Veränderungsnotwendigkeiten im Arbeitsfeld Kriminalitätsbekämpfung Bundespolizei müssen nach Einführung des BPolG Neu und der strafverschärfenden Schleusungstatbestände im AufenthG geprüft werden. ■

KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Einsatzshirt/ Funktionsshirt – langer Arm

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Klingt erst einmal hochtrabend, gemeint ist ein sogenanntes (umgangssprachliches) Combat Shirt, wie es dies bei vielen Polizeiausstattern zu kaufen gibt. Warum brauchen wir das? Die Frage kann man ganz einfach beantworten:

Wir haben weder im Sommer noch im Winter Unterbekleidung, die uns ohne Jacke als Polizei erkennbar macht, also ein Ärmelabzeichen hat. Somit mussten wir bisher immer die Jacke/den Einsatzblouson drüberziehen. Dies wiederum sorgt im Sommer dafür, dass wir uns kaputtschwitzen. Da auch unsere Winterunterwäsche keine Hoheitsabzeichen hat, ist die Nutzung dieser Unterwäsche ohne Oberbekleidung nicht zulässig.

Um diese Fähigkeitslücke zu schließen, wurde in der AG „Einsatzbekleidungssysteme der Bundespolizei“ die Einführung eines Funktionsshirts mit langem Arm gefordert. Wir werden diese Forderung weiter verfolgen.

Bei Fragen oder Anregungen gilt wie immer: Schreibt mir bitte einfach eine E-Mail an einsatzerfahrungen@gdp-bundespolizei.de. ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



Aus den Kreis- und Direktionsgruppen

GdP-KREISGRUPPEN KASSEL UND FRANKFURT AM MAIN

Gemeinsame Spendenaktion

Thomas Weichert und Helmut Seibert

Kurz nach dem tragischen Tod unseres Kollegen Andi von der BPOLI Nürnberg starteten die GdP-Kreisgruppen Kassel und Frankfurt am Main gemeinsam eine Spendenaktion für die hinterbliebene Witwe.

Die bundesweite Betroffenheit löste eine große Spendenbereitschaft aus, nahezu im Minutentakt gingen Geldbeträge, auch im vorstelligen Bereich, auf dem Spendenkonto ein. Insgesamt kam eine Summe von 14.300 Euro zusammen, die wir jetzt an die Bundespolizeistiftung überweisen konnten, die den Betrag an die Familie weiterleitet. Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, die diesen Erlös möglich gemacht haben. Geld heilt nicht das seelische Leid, kann aber finanzielle Nöte mildern. Wir wünschen den Hinterbliebenen viel Kraft in dieser schweren Zeit. ■



Von links: Thomas Weichert, Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Kassel, Dirk Seim, Kassierer GdP-Kreisgruppe Kassel, und Helmut Seibert, Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Frankfurt am Main.

Foto: GdP-Kreisgruppen Kassel und Frankfurt am Main

NEUSTART IN SWISTTAL

Neues GdP-Team am Start

GdP-Kreisgruppe Swisttal

Das Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisttal erlebt einen Neuanfang mit einem neuen GdP-Team, das sich engagiert um die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort kümmert.

Das neue Team um Ute Theisen, Andreas Hasselberg und Lewin Aldenkirchs werden drängende Themen endlich angehen, während notwendige Investitionen für den Standort höchste Priorität haben.

Daneben gilt es, Transparenz in Führungsentscheidungen zu schaffen und die Wertschätzung für die geleistete Arbeit durch gerechtere Eingruppierungen zu stärken. Es ist unverstänlich, warum beispielsweise Kolleginnen und Kollegen auf der Wache nur in die EG 3 statt in die EG 4 bzw. EG 5 eingruppiert werden, und Bekleidungs-handwerkerinnen und -handwerker



Foto: GdP-Kreisgruppe Swisttal

lediglich die EG 5 statt EG 6 erhalten. Solche Ungerechtigkeiten müssen angegangen werden.

Das neue GdP-Team SWT verspricht, ein offenes Ohr für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen zu haben und diese aktiv anzugehen. ■

GdP-KREISGRUPPE OERLENBACH

Waikiki Cup

Janika Rust



Foto: GdP/Kevin Schewe

Zum zweiten Mal organisierte die GdP-Kreisgruppe Oerlenbach für ihre Mitglieder den Waikiki Cup. Das Volleyballturnier fand am 10. April 2024 in der Sporthalle des BPOLAFZ Oerlenbach statt. Mit sieben Mannschaften und 82 aktiven Spielerinnen und Spielern war der Abend ein voller Erfolg. Mit viel Spaß und Fairplay auch unter den Jubelrufen der Zuschauerinnen und Zuschauer gewann letztendlich die Lehrgruppe BA 22 II S 1-23. Wir bedanken uns bei unserem Team und bei den Sponsoren für die Unterstützung. Das wird definitiv nicht das letzte Mal gewesen sein. ■

GdP-KREISGRUPPE ZOLL NORD

GdP erfolgreich

GdP-Kreisgruppe Zoll Nord

Im vergangenen Jahr hat sich die GdP-Kreisgruppe Zoll Nord an die SPD Rothenburgsort gewandt und auf die problematische Parksituation für Wechselschichtdienstleistende rund um die Dienststelle am Ausschläger Elbdeich 2 aufmerksam gemacht. Diese Problematik wurde von den beiden Vorsitzenden Stefan Metekol und Christelle Yobo genauso gesehen und aufgenommen. Daraufhin wurde ein entsprechender Antrag auf weiteren, uneingeschränkten Parkraum für Pkws am Billwerder Neuen Deich in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte eingebracht und beschlossen. Dieser wartet jetzt noch final auf seine Umsetzung durch die Polizei. Wir danken ausdrücklich für die Unterstützung! ■



Foto: GdP-Kreisgruppe Deggen Dorf



Foto: GdP-Bezirksgruppe Zoll



GdP-KREISGRUPPE DEGGENDORF

Zwei Ehrungen

George Maurer

Im Rahmen einer Feierstunde der Senioren der GdP-Kreisgruppe Deggen Dorf trafen sich viele Ehemalige, um der Ehrung zweier besonders langjähriger Mitglieder beizuwohnen.

40 Jahre in der GdP

Für 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP überreichte der Kreisgruppenvorsitzende Sigi Maier (links im Bild) an Franz Jakob (im Bild Zweiter von links) die Urkunde und bedankte sich bei dem Jubilar für die langjährige Treue und Verbundenheit zur GdP. Während seiner aktiven Dienstzeit war Franz als Polizeivollzugsbeamter im Polizeiärztlichen Dienst der BPOLABT Deggen Dorf tätig.

60 Jahre in der GdP

Eine besondere Freude bereitete es Sigi Maier, die Jubiläumsurkunde für 60-jährige Mitgliedschaft in der GdP an Ferdinand Hafner (im Bild Zweiter von rechts) auszuhändigen. Für diese lange Zeit der Mitgliedschaft gebührt unserem Ferdl besonderer Dank und Anerkennung. Ferdinand war im Sachgebiet Personal bis zu seiner Pensionierung als Verwaltungsbeamter tätig. Sein ruhiges Wesen und die positive Tätigkeit für die Beschäftigten der Bundespolizeiabteilung wurde von allen hoch geschätzt.

Beide Jubilare erhielten jeweils ein kleines Präsent. Dem Dank für die Treue zur GdP und der Verbundenheit auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst schloss sich auch der stellvertretende Vorsitzende der Seniorengruppe der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, George Maurer (rechts im Bild), an. Bei kurzweiligen Unterhaltungen und Anekdoten aus dem Berufsleben beider Jubilare saß die Stammtischrunde der Senioren noch einige Zeit gemütlich beisammen. ■

GdP-BEZIRKSGRUPPE ZOLL

Vorstandstagung der Seniorengruppe

Gerd-Frank Mattetat

Vom 15. bis 17. April führte der geschäftsführende Vorstand der Seniorengruppe der GdP-Bezirksgruppe Zoll seine jährliche Sitzung in Bad Hersfeld durch.

Thema war unter anderem der Sachstand bei der Umsetzung eines Zukunftskonzeptes für die Arbeit unserer Seniorengruppe, welches im letzten Jahr erarbeitet wurde. Es gab außerdem Diskussionen zu aktuellen Themen, die unsere Seniorinnen und Senioren derzeit bewegen, so zum Beispiel die Kapung von Ansprüchen beim Zusammentreffen aus beamtenrechtlichen Versorgungsansprüchen und Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Höchstgrenze), die insbesondere Kolleginnen und Kollegen betreffen können, die ihren Dienst in der damaligen DDR-Zollverwaltung begonnen haben, oder Fragen zur Thematik des Inflationsausgleiches für Rentnerinnen und Renter, der

bisher nicht erfolgt ist und aus unserer Sicht eine extreme Benachteiligung der nicht verbeamteten ehemaligen Zollbeschäftigten darstellt.

Natürlich ging es auch ums liebe Geld, sprich um die Ausstattung der Seniorengruppe mit finanziellen Mitteln, die dringend aufgestockt werden müssen, wenn die Seniorengruppe ihre Arbeit in den nächsten Jahren erfolgreich leisten soll – Stichwort Boomer generation, die jetzt in den Ruhestand geht. Weitere Themen waren die Altersteilzeit, für deren Wiedereinführung wir uns über die Bezirksgruppe Zoll bzw. über den Bezirk Bundespolizei | Zoll starkmachen wollen, und die Änderung unserer Richtlinien, nach denen wir auch Kolleginnen und Kollegen, die erst in zwei, drei Jahren in den Ruhestand gehen werden, in unsere Betreuung mit einbeziehen wollen. ■

Nachruf



Voller Bestürzung und Fassungslosigkeit erfuhren wir am 1. März 2024 von dem plötzlichen und unerwarteten Tod unseres langjährigen Freundes und Kollegen

Alexander Maser

Alex wurde 1994 beim Bundesgrenzschutz eingestellt und war seit über 15 Jahren fester Bestandteil unseres Ermittlungsdienstes in Mannheim.

Im Januar 2024 trat er zusammen mit seiner Frau Jessica und der gemeinsamen dreijährigen Tochter Charlee Alessia einen zweimonatigen Urlaub an. Ziel war Asien. Zuletzt waren die drei auf Bali. Von dieser Reise kam Alex leider nicht mehr zurück und verstarb viel zu früh im Alter von nur 50 Jahren.

Er hinterlässt nicht nur dienstlich, sondern auch als guter Freund und Weggefährte eine große Lücke in unserer Inspektion. Was bleibt, sind Erinnerungen.

Unsere Gedanken und unser aufrichtig empfundenes Beileid sind bei seinen Hinterbliebenen, insbesondere bei seiner kleinen Tochter und seiner Familie.

Wir werden Alexander Maser ein ehrendes Andenken bewahren.

Olaf Busse für die GdP-Kreisgruppe Karlsruhe/Nordbaden



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundespolizei | Zoll



1

Vorteilsportal aufrufen

<https://gdp-bupo.rahmenvereinbarungen.de>

2

Einmalige Registrierung mittels **privater**
E-Mail-Adresse.

3

Sofort attraktive
Angebote wahrnehmenEinfach
scannen und
anmelden

ODER



**JETZT IM APP-STORE
HERUNTERLADEN**
» corporate benefits

Attraktive Angebote bei Top-Anbietern

Deine Vorteile:

- ✓ Dauerhafte Preisnachlässe z.B. auf Wohnen, Mode, Technik, Mobilfunk u.v.m.
- ✓ Zugriff auf Angebote von über **800 Top-Markenanbietern** von zuhause und unterwegs
- ✓ Monatliche Erweiterung des Angebots



Anzeige: Corporate Benefits

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei | Zoll

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Simone Kruppen (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de

Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.